

SCHULDENREPORT 2020

Auf einen Blick

Die globale Schuldenkrise erfasst immer mehr Länder des Globalen Südens. Sie gefährdet die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen. Gleichzeitig leiden viele überschuldete Staaten massiv unter den Folgen des Klimawandels. Der erdrückende Schuldendienst erschwert dringend notwendige Anpassungsmaßnahmen.

Verschuldung weltweit: 124 von 154 untersuchten Entwicklungs- und Schwellenländern sind kritisch verschuldet. Besonders kritisch ist die Verschuldungssituation in Bhutan, der Mongolei, Sri Lanka, Dschibuti, Kap Verde, Mosambik, Sudan, Argentinien, El Salvador, Jamaika, Libanon und Kirgisistan. Absolut beträgt die Auslandsverschuldung aller betrachteten Länder 7,81 Billionen US-Dollar.

- **Länder im Zahlungsausfall:** 19 Staaten haben aktuell die Zahlungen an ihre ausländischen Gläubiger ganz oder teilweise einstellen müssen.
- **Risikofaktoren für drohende Verschuldung:** Die Differenz zwischen den niedrigen Zinsen im Norden und höheren Erträgen im Süden befeuert den Kapitalexport weiter. Ein hoher Infrastrukturbedarf im Süden, die Abhängigkeit von wenigen exportierten Rohstoffen und eine schwache Regierungsführung in einigen Ländern des Südens verstärken die Tendenz zu einer untragbaren Verschuldung.
- **Klimawandel verstärkt Schuldenkrise:** Der Klimawandel und die dadurch immer häufiger und heftiger auftretenden Katastrophen stellen eine besondere Bedrohung für hoch verschuldete Länder dar. Kleine Inselstaaten im Pazifik und in der Karibik sowie die Staaten der Sahelzone sind besonders betroffen. Eine Vereinbarung zur Entschädigung der Opfer des Klimawandels durch seine Verursacher existiert noch immer nicht.
- **Entschuldungsverfahren fehlt:** Ein international koordiniertes Verfahren zur Bewältigung neuerlicher Schuldenkrisen gibt es nicht. Dadurch werden Schuldenkrisen verschleppt. Die Kosten tragen die Menschen in den betroffenen Ländern.
- **China und weitere „nicht-traditionelle Gläubiger“:** Um eine Schuldenkrise bewältigen zu können, müssen die Gläubiger sich untereinander und mit dem Schuldner verständigen. In der aktuellen Schuldenkrise erschweren die zunehmende private Kreditvergabe und die Stellung Chinas, das für viele Schuldnerländer mittlerweile der bedeutendste Gläubiger ist, die Koordination.

Empfehlungen an die Bundesregierung:

- Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass Naturkatastrophen nicht zu Schuldenkrisen in armen Ländern führen. Dazu sollte sie sich bei den Klimaverhandlungen ebenso wie im *Financing for Development*-Prozess der Vereinten Nationen (UNO) und im Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Schaffung einer Entschuldungsoption zugunsten von Ländern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, einsetzen. Diese sollte aus einem Schuldenermoratorium und einer alle Forderungen umfassenden Umschuldung bestehen.
- Um das System der internationalen Kreditvergabe und die damit verbundenen Schuldenrestrukturierungen für Gläubiger wie Schuldner berechenbarer zu machen, sollte aus solchen Einzelfall-Entscheidungen ein effizientes und rechtsstaatliches Staateninsolvenzverfahren für hoch verschuldete und zahlungsunfähige Staaten werden.
- Die Bundesregierung sollte dazu regionale Initiativen wie sie die Gruppe der Niedrigeinkommensländer und die Karibische Staatengemeinschaft in der UNO angeregt haben, aktiv politisch unterstützen.